

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Wie erfolgt die Abgabe von städtisch vergünstigtem Bauland?

Der Bericht über die Boden- und Wohnbaupolitik vom 20. Februar 2014 betreffend „Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien“ zeigte auf, dass die Hälfte der begünstigten Mieterinnen und Mieter die von der Stadt Bern aufgestellten Vermietungskriterien nicht erfüllt. Weiter wird im Bericht darauf hingewiesen, dass die Stadt Bern auch städtischen Boden zu vergünstigtem Baurechtszins abgibt.

Insbesondere der Hinweis auf die fehlenden Kriterien sowie die mangelnde Transparenz bei der Vergabe von vergünstigtem städtischem Boden bereitet der Fraktion FDP die Liberalen Sorgen. Entsprechend wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche städtischen Parzellen sind zurzeit vergünstigt an (gemeinnützige) Organisationen/Wohnbauträger abgegeben?
2. Wie hoch ist das Volumen der jährlichen Vergünstigungen im Total (in Franken)?
3. Welche Organisationen/Wohnbauträger profitieren von der vergünstigten Abgabe? Welche der untenstehenden Angaben kann der Gemeinderat zu den jeweiligen Organisationen/Wohnbauträgern machen?
 - a. Zusammensetzung Trägerschaft
 - b. Anwendung von Vermietungskriterien
 - c. Durchschnittliches Vermögen/Einkommen der Mieterschaft
4. Welche Kriterien wurden bei der Vergabe von vergünstigtem städtischem Boden bisher angewendet?
5. Wurde die Einhaltung der Kriterien periodisch überprüft und durch wen?
 - a. Wenn Ja: Mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn Nein: Warum wurde auf eine periodische Überprüfung verzichtet?
6. Wie soll bei aktuell in der Planung stehenden Überbauungsvorhaben (z.B. Warmbächliweg, Viererfeld, Burgerenziel) die Abgabe von vergünstigtem Land erfolgen? Wie soll die Einhaltung allfälliger Kriterien regelmässig überprüft werden?
7. Nach welchen Kriterien gedenkt der Gemeinderat gemeinnützige Organisationen/Wohnbauträger zu berücksichtigen, sollte die Initiative „für bezahlbaren Wohnraum“ angenommen werden? Wie soll die Einhaltung der Kriterien regelmässig überprüft werden?

Begründung der Dringlichkeit

Die gestellten Fragen sind für eine fundierte Diskussion der Wohnbauinitiative „für bezahlbaren Wohnraum“ von grossem Interesse. Da die Volksabstimmung zu dieser Vorlage gemäss Gemeinderat bereits im Mai 2014 erfolgen soll, müssen die Antworten dem Parlament rasch vorgelegt werden können.

Bern, 27. Februar 2014

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Pascal Rub, Jacqueline Gafner Wasem, Dolores Dana, Mario Imhof, Dannie Jost